

Privatstrom : News

23.02.2008 Bonner SPD will Minimalversorgung trotz Stromsperre

Stromzähler mit Vorkasse, eine Minimalversorgung trotz Stromsperre und kostenlose Energieberatung – mit diesen Vorschlägen will die Bonner SPD jetzt dem Umstand begegnen, dass immer mehr Menschen ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können. In Bonn werde bis zu 1 000 Haushalten pro Jahr der Strom abgestellt. Das berichtet der Bonner Generalanzeiger in seiner Online-Ausgabe.

Eine kostenlose Energieberatung wollen zum Beispiel auch die Düsseldorfer Stadtwerke anbieten. In Bonn soll es zusätzlich ein "Starterpaket" geben, das Energiesparlampen und leihweise auch "Power Safer" enthalte, schlägt die SPD vor. "Power Safer" sind Geräte, die Standby-Schaltungen von Stromverbrauchern automatisch ausschalten.

Stromzähler mit Vorkasse oder die Mindestversorgung gibt es in anderen EU-Staaten bereits. Belgien etwa kenne "eine Art Menschenrecht auf Grundversorgung". Demnach darf der Strom trotz ausstehender Rechnungen nicht einfach gesperrt werden, sondern die Betroffenen müssen weiter die Möglichkeit bekommen, zumindest eingeschränkt Elektrizität nutzen zu dürfen. Das geschieht, indem sie im Voraus bezahlen müssen, und dann der Anschluss freigeschaltet wird, bis diese Menge verbraucht ist. Eine andere Möglichkeit: Es wird nur eine geringe Mindestlast gewährt.

Voraussetzung für solche Angebote wären unter anderem elektronische Stromzähler. Sie sind leichter an- und abzuschalten und könnten auch eine Minimalversorgung regulieren, selbst wenn der Zähler gesperrt ist. "Und zwar so viel, dass es für den Betrieb einer Lampe, einer Herdplatte und der elektronischen Steuerung für die Heizung reicht", erklärte der Bonner Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber. Er will mit dem Aufsichtsrat der Bonner Stadtwerke jetzt über solche Möglichkeiten beraten. Allerdings müssten die Nutznießer SWB-Kunden sein, damit die Stadtwerke mitmachen.

Auch einen bundesweiten Sozialtarif schlägt Kelber vor, mit einem Modell, das gleichzeitig zum Strom sparen animieren soll. Demnach könnte ein bedürftiger Haushalt pro Kopf und Jahr 500 kW/h verbilligt bekommen und müsste Mehrverbrauch regulär zahlen. Für den Sozialtarif muss er die Bundes-SPD jedoch erst noch begeistern.

Tipps der Redaktion: | [Stromanbieter](#) | [Stromtarife](#) | [Anmeldung Privatstrom](#) | [Stromsparen](#) | [Heizkosten senken](#) |